

Presseerklärung der beiden Bürgerinitiativen „Oberschelden macht mobil“ und „Nein zur L 565 neu – Ja zu Mensch, Natur und Landschaft“ zu der Pressemitteilung der IHK Siegen vom 19.09.2008

Es ist schon erstaunlich, dass ein Vertreter des Landesverkehrsministerium in Gestalt von Herrn Ministerialdirigent Ekhard Maatz zum wiederholten Mal in Siegen und Freudenberg auftaucht, um unseren Kommunalpolitikern zu zeigen „wo es langgeht“. Dabei hatte doch sein Chef, Verkehrsminister Wittke, am 12. März 2008 in Niederfischbach die kühne Behauptung aufgestellt, Kungelei gebe es nicht mehr. Die Zeiten in denen „... Verkehrspolitik in der Landtagskantine gemacht wurde, sind vorbei.“ - Nun gibt es offensichtlich hierfür auch noch andere schöne Orte. Am 18. September 2008 hatte die IHK Siegen zu einem Gespräch mit den Bürgermeistern und den Fraktionen der Städte Freudenberg und Siegen mit dem Staatssekretär Ekhard Maatz geladen.

In der Pressemitteilung der IHK Siegen heißt es hierzu, ein zusätzlicher Autobahnanschluss zwischen Freudenberg und Siegen sei „genehmigungsfähig“. Laut einem der BI s vorliegenden Schreiben des Bundesverkehrsministeriums müsste für einen zusätzlichen Autobahnanschluss zunächst eine Fernverkehrsrelevanz nachgewiesen werden.

Wir erinnern an die Aussagen von CDU und SPD aus Siegen: **Ohne Autobahnanschluss kein Gewerbegebiet!**

Verschwiegen wird die Unverbindlichkeit, mit welcher Herr Maatz diese Aussage getätigt hat. Wie von Teilnehmern der Gesprächsrunde bestätigt, hat der Staatssekretär zu Beginn seiner Ausführungen von einem Genehmigungsverfahren von 10-15 Jahren gesprochen und gleichzeitig einschränkend betont, man wolle mit dem Autobahnanschluss keinen Präzedenzfall für andere Gemeinden schaffen.

Die IHK spricht jedoch bereits von einem „künftigen Gewerbe- und Industriegebiet Oberschelden/Seelbach“. Die Mehrzahl der Oberschelder Bürger sehen dies allerdings anders. Ein Großteil der beplanten Fläche befindet sich noch in Privatbesitz. Zudem haben sowohl die Oberschelder, die Seelbacher und die Heisberger Haubergsgenossenschaften beschlossen, keine Waldflächen zu verkaufen oder zu tauschen.

Wer sich die brutale Naturzerstörung und Verschandelung der Landschaft auf dem neu entstehenden Gewerbegebiet Wilhelmshöhe West in Freudenberg anschaut, wird das nur um so besser verstehen.

Bemerkenswert scheint uns in diesem Punkt die Tatsache, dass die Vereinigung der IHK in NRW e.V. Mitglied in der „Allianz für die Fläche“ ist und sich auf dieser Ebene für eine „...deutliche Verminderung künftigen Flächenverbrauches in NRW...“ einsetzt. Im November 2007 hat die Umweltministerkonferenz nach einer AFP-Meldung bereits gefordert, dass „... Gewerbegebiete eher auf Industriebrachen errichtet werden [sollten] als auf der grünen Wiese...“ Zudem forderten laut einer dpa-Meldung vom 16.11.07 die Umweltminister von Bund und Ländern eine deutliche Reduzierung des Flächenverbrauches in Deutschland.

Die Stadt Siegen behauptet trotzdem seit nunmehr 20 Jahren einen unveränderten Bedarf von 120 ha an Gewerbefläche zu haben.

Wer sich die Ausbreitung von Gewerbeflächen in der weiteren Region anschaut, muss sich angesichts der demographischen Entwicklung die Frage stellen, wer in Zukunft diese Gewerbeflächen nutzen soll. Die neuen Flächen werden zum größten Teil nicht durch neu gegründete Betriebe in Anspruch genommen, sondern es handelt sich überwiegend um Betriebsverlagerungen. Häufig werden hierdurch aber keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, sondern im Gegenteil durch Rationalisierungen Arbeitsplätze abgebaut.

Das Verkehrsgutachten und das Umweltverträglichkeitsgutachten für die L565 neu stehen noch aus. Die BI s werden erneut eine Stellungnahme abgeben, sobald diese Gutachten vorliegen.

Herr Maatz wies die Gesprächsteilnehmer bei dem oben genannten Treffen darauf hin, dass ein Straßenkonzept erst durch eine parlamentarische Entscheidung in den Landesstraßenbedarfsplan aufgenommen werden muss.

In diesem Punkt ist wohl die Petition der Bürgerinitiative „Nein zur L 565 neu – Ja zu Mensch, Natur und Landschaft“ nicht ohne Wirkung geblieben. Im übrigen wäre für einen Autobahnanschluss zusätzlich eine Planfeststellung auf Bundesebene erforderlich.

Der fast messianisch anmutende Appell des stellvertretenden Hauptgeschäftsführers der IHK Siegen Hermann-Josef Droege dieses angeblich „...klare Signal in die Region hinein, insbesondere an die Freudenberger Bevölkerung...“ , lässt aufhorchen.

Der Freudenberger Bürgermeister Günther wird diese Äußerung mit gemischten Gefühlen gehört haben. Was, wenn die L 565 neu nicht machbar sein sollte? – und hierfür spricht Einiges. Ein Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplanes müsste von der Stadt Freudenberg ausgehen, da sich der geplante Autobahnanschluss auf Freudenberger Gemarkung befindet. Welchen Vorteil sollte die Stadt Freudenberg hiervon haben?

Es wäre zu wünschen, dass der Freudenberger Rat endlich aufwacht und sich seiner eigenen politischen Verantwortung stellt, anstatt sich von bestimmten Interessengruppen fremdbestimmen zu lassen.